den Besuch ab. Die Nachricht von seiner Ankunft hatte sich mit Windeseile in der Bevölkerung herumgesprochen und bald darauf belagerte eine nach Tausenden zählende Menschenmenge den Bahnhofsvorplatz. Während Generalfeldmarschall Göring mit Wirtschaftsführern des oberschlesischen Industriegebietes in seinem Zuge eine längere Besprechung führte, hatte die Polizei die größte Mühe, die immer wieder vordrängenden freudig erregten Menschenmassen zurückzuhalten.

Als jedoch der Generalfeldmarschall den Kraftwagen bestieg, um seine Besichtigungsfahrt anzutreten, war kein Halten mehr. Die Menschenmassen durchbrachen die Absperrung und umringten den Wagen des hohen Gastes unter immerwährenden Heilrufen und Tücherwinken. Nur langsam konnte der Wagen vorwärtskommen, und erst beim Einbiegen in die Hauptstraße kam er etwas rascher in Fahrt. Nicht minder dicht bevölkert waren auch die anderen Straßen. Ueberall hatten sich Tausende versammelt, die dem Schöpfer der neuen deutschen Luftwaffe, die jetzt überall in Polen ihre hervorragende Schlagkraft beweisen konnte, ihren herzlichen Willkommgruß entboten. Besonders die Jugend war es, die in fieberhafter Freude den Generalfeldmarschall erwartete und sein Kommen mit stürmischen Sieg-Heil-Rufen ankündigte.

Polnische Regierung flieht erneut

Die Verantwortlichen der Katastrophe bringen sich in Sicherheit

Bukarest, 14. Sept. Die polnische Regierung, die sich vor einigen Tagen nach Krzemienecz begeben hatte, hat ihren Sitz heute an die Südgrenze verlegt. In den ersten Nachmittagsstunden sind alle Mitglieder der Regierung und, wie es heißt, auch die Mitglieder der Botschaften und Gesandtschaften, in Zaleszczyki, einem kleinen Ort an der rumänischen Grenze, eingetroffen. Die polnische Regierung scheine damit die Absicht zu haben, falls der deutsche Vormarsch noch drohender werde, die Grenze nach Rumänien zu überschreiten. Der Entschluß, Krzemienecz zu verlassen, ist auf Grund eines neuerlichen Angriffes durch die deutsche Luftwaffe und der Nachrichten über das rasche Vorrücken der deutschen Truppen erfolgt.

Bukarest, 14. Sept. Die Frau und die Tochter des polnischen Außenministers Beck trafen am Mittwoch in der rumänischen Stadt Czernowitz ein.

Polen lehnt Austausch verschleppter Volksdeutscher ab

Berlin, 14. Sept. Im Hinblick auf die zahlreichen Verschleppungen von Volksdeutschen aus dem von den deutschen Truppen besetzten Gebiet nach dem Innern Polens ist die mit der Wahrnehmung der polnischen Interessen in Deutschland beauftragte hiesige schwedische Gesandtschaft vom Auswärtigen Amt gebeten worden, den Austausch verschleppter Volksdeutscher gegen Nationalpolen vorzuschlagen. Die schwedische Gesandtschaft hat dem Auswärtigen Amt nunmehr mitgeteilt, daß es die polnische Regierung ablehnt, auf den deutschen Vorschlag einzugehen.

*

Mit der Ablehnung dieses von der Reichsregierung gemachten Vorschlages beweist die polnische Regierung wieder einmal, wie wenig sie gewillt ist, sich nach den unter Kulturnationen üblichen internationalen Gepflogenheiten zu richten. Die Absage paßt nur gar zu gut in die Linie polnischer Kriegführung, nicht nur mit allen Mitteln den Meuchelmord polnischer Heckenschützen zu unterstützen und gutzuheißen, sondern auch die Schrecken des Krieges in ihrer ganzen Härte auf die Zivilbevölkerung auszudehnen. Die deutsche Regierung hat ihren Vorschlag der schwedischen Gesandtschaft zur Vermittlung überreicht, um den verschleppten Volksdeutschen das bittere Los polnischer Gefangenschaft zu ersparen. Es spricht für den Haß der Polen gegen alles, was deutsch ist, wenn sie diesen Vorschlag glattweg abgelehnt haben — es spricht aber auch für die Kulturlosigkeit und für den Grad der Achtung der Menschenrechte, den der Busenfreund Englands damit an den Tag gelegt hat.

„Innere Schwäche der Grund für den Bankerott Polens"

Starkes Interesse Moskaus an Weißrussen und Ukrainern

Moskau, 14. September. **Ein beachtenswerter Leitartikel der „Prawda" über die „Ursachen" der militärischen Niederlage Polens setzt sich eingehend auseinander mit der Nationalitätenfrage in Polen und insbesondere mit der Lage der Ukrainer und Weißrussen in Polen. Das Moskauer Blatt scheut sich nicht, den Finger auf die empfindlichste Wunde des polnischen Staatsgebildes zu legen und erhebt in scharfer Sprache Anklage gegen die terroristische Politik der Polen in den Gebieten der Minderheiten, die gewaltsamen Polonisierungsversuche, gegen die industrielle Entrechtung und wirtschaftliche Ausbeutung, der die Ukrainer und die Weißrussen ausgesetzt sind.**

Die Gründe für den Bankerott Polens, so folgert die „Prawda", beruhen in erster Linie auf den inneren Schwächen und den Gegensätzen des polnischen Staates. Polen sei ein Nationalitätenstaat. Die Polen selbst machen nur 60 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, 40 Prozent sind nationale Minderheiten, darunter 8 Millionen Ukrainer und 3 Millionen Weißrussen.

In der schlechten Behandlung der Minderheiten sieht die „Prawda" auch die tiefste Ursache für den militärischen Mißerfolg Polens. Das Blatt schließt: „Die nationalen Minderheiten sind keine zuverlässige Stütze für das staatliche Regime Polens geworden und konnten es auch nicht werden."

In Moskauer politischen und diplomatischen Kreisen hat der Artikel der „Prawda" das größte Aufsehen erregt. Diejenigen ausländischen Vertreter, die nicht glauben wollten, daß die Sowjetunion sich für das Schicksal der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung Polens interessieren würde, sehen sich wieder einmal bitter getäuscht. Der Artikel der „Prawda" sowie die scharfe amtliche Erklärung zu den Grenzverletzungen der polnischen Flieger zeichnen, wie im allgemeinen betont wird, den politischen Hintergrund ab zu den Mobilisierungsmaßnahmen der Roten Armee an der Westgrenze der Sowjetunion.

Moskau zu den ungeheuren deutschen Erfolgen

Die Luftwaffe hatte einen wesentlichen Anteil

Berlin, 15. Sept. (E. F.) **Der Moskauer Sender verbreitet eine Reihe von Meldungen über die Lage in Europa, in denen die Ueberlegenheit der Stellung Deutschlands gegenüber der seiner Gegner und die ungeheuren Erfolge der deutschen Truppen in den ersten 14 Tagen des Kampfes klar herausgestellt werden. Es werden ausländische Stimmen zitiert, in denen darauf hingewiesen wird, daß die Stellung der Gegner Deutschlands schon zu Beginn des Krieges im Osten durch den blitzartigen Schlag Deutschlands gegen Polen schwer benachteiligt sei. Die großen Alliierten seien nicht fähig gewesen, ihrem östlichen Verbündeten auch nur die kleinste Hilfe zu gewähren und die Ueberlegenheit der deutschen Luftwaffe habe entscheidend zu den überwältigenden Erfolgen beigetragen.**

*

Moskau, 15. Sept. (E. F.) Die deutschen Heeresberichte über die Kampfhandlungen in Polen stehen auch heute wieder an der Spitze der Auslandsnachrichten der Moskauer Blätter. Besonders hervorgehoben wird dabei die Meldung von der Besetzung Gdingens durch die deutschen Truppen. Allgemeine Beachtung finden ferner die Nachrichten über das brutale Vorgehen der Polen gegen die weißrussische Bevölkerung in Ostpolen, die gezwungen wird, vor dem Einmarsch der deutschen Truppen ihre eigenen Dörfer zu verbrennen.

Die „Prawda" sowie das Militärblatt „Krasnaja Swjesda" stellen heute eine Reihe ausländischer Pressestimmen, insbesondere aus neutralen Ländern, zusammen, die sich mit den Ursachen der Niederlage Polens befassen. Alle die angeführten ausländischen Beobachter stimmen darin überein, daß die polnische Armee in Auflösung begriffen und die Fortsetzung des Krieges für Polen hoffnungslos sei.

Nachhaltigster Eindruck des deutschen Vormarsches auch in Lettland

Riga, 15. Sept. (Eig. Funkm.) Der siegreiche Vormarsch der deutschen Truppen in Polen hinterläßt auch in Lettland den nachhaltigsten Eindruck. Die deutschen militärischen Erfolge werden von sämtlichen Blättern gewürdigt, die die Mitteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht täglich an führender Stelle veröffentlichen. Die Schlagzeilen vom Freitagmorgen lauten: „Die deutschen Truppen machten bei Radom 60 000 Gefangene und erbeuteten 143 Geschütze und 38 Panzerwagen", „Die deutschen Truppen nähern sich Brest-Litowsk".

Warschau im Strudel des polnischen Bankrotts

Bürgerkriegsähnliche Zustände

Amsterdam, 15. Sept. (Eig. Funkm.) Ueber das Chaos in Warschau melden holländische Blätter u. a.: In den Straßen patrouillieren schon seit einer Woche Militär, „Bürgerwehr", bewaffnete „Arbeiter" und aus den Gefängnissen entlassene Verbrecher, die nach Willkür die Passanten anhalten und durchsuchen. Da sich unter diesen Patrouillen viele düstere Elemente befinden, außerdem die verschiedenen Organisationen unabhängig voneinander ihre Abteilungen gebildet haben, führen diese Untersuchungen zu Raub und Diebstahl sowie zu Handgemenge unter den Patrouillen und mit der Bevölkerung.

Die vielen Klagen, die den Behörden hierüber zugegangen sind, haben zur Einsetzung besonderer Kriegsgerichte geführt, vor denen diese Hyänen, die inmitten des Elends ihr widerliches Treiben entfalten, bestraft werden. Es sind schon viele Todesurteile ausgesprochen worden.

Ein bezeichnendes Merkmal für die Uneinigkeit im Verteidigungsrat Warschaus ist folgendes: Der militärische Befehlshaber in Warschau hat allen Bürgern geraten, die Stadt baldigst zu verlassen. Im Gegensatz hierzu hat der Bürgermeister Warschaus den Bürgern nahegelegt, die Stadt nicht zu verlassen, weil Flucht keine Hilfe bedeute, zumal keine andere Stadt in Polen gesichert sei.

Amerikanische Pressestimme über das britische Heuchlertum

„Dem englischen Imperialismus muß Halt geboten werden"

Auf Seeräuberei und Gewalt wurde das britische Weltreich aufgebaut — Die schamlosen Lügen des englischen Informationsministeriums eine Beleidigung für die Intelligenz der Amerikaner

Neuyork, 15. Sept. Unter der Ueberschrift „Mutter der Propaganda" führt in einem Leitartikel die Zeitung „Gaelic American" aus, daß die Vereinigten Staaten zur Zeit eine genaue Wiederholung der britischen Propaganda der ersten drei Jahre des Weltkrieges erleben würden. Wiederum behaupte die britischen Propaganda, England sei der „Fackelträger der Demokratien und kleinen Nationen" und opfere deshalb Geld und Blut, um eine bessere Welt zu schaffen. Dieser Altruismus sei erstaunlich, wenn bedacht werde, daß England sein Weltreich nur mit Seeräuberei und Gewalt aufgebaut habe. Anscheinend glaube England auch heute wieder, daß eine genügend oft wiederholte Lüge schließlich als „Wahrheit" akzeptiert werde.

Die schamlosen Lügen, die Englands neugeschaffenes Informationsministerium den Vereinigten Staaten vorzusetzen wage, seien aber eine Beleidigung für die Intelligenz der Amerikaner. Seit Generationen habe Englands Imperialismus die Welt in Aufruhr gehalten, aus Egoismus Kriege zwischen den Nationen geführt und die Früchte eingeheimst, sobald die Kämpfer erschöpft waren. Polens Schicksal interessiere England herzlich wenig, denn England habe sich Polens nur als Vorwand zur Einkreisung des deutschen Rivalen bedient. Es gebe keine internationale Gerechtigkeit, solange nicht dem britischen Imperialismus Halt geboten werde.

Keine USA.-Interessen in Europa, die ein Blutvergießen wert wären

Neuyork, 15. Sept. Der demokratische Kongreßabgeordnete Barry unterrichtete seinen Neuyorker Wahlkreis dahin, daß er für einen Eintritt Amerikas in den Krieg nur dann stimmen werde, wenn Amerika tatsächlich angegriffen werde oder wenn die Monroedoktrin verletzt worden sei. Jeder vernünftige Mensch müsse aber zugeben, daß diese Gefahren nicht vorhanden seien. Amerika habe in Europa keine Interessen, die ein amerikanisches Blutvergießen wert wären.

Die Neutralen wollen sich nicht abwürgen lassen

Oslo-Staaten fordern von London Recht auf wirtschaftliche Neutralität

Brüssel, 14. Sept. Die Antwort der neutralen Oslo-Staaten auf die brutalen britischen Wirtschaftsforderungen wird voraussichtlich heute oder morgen in London überreicht. Was die vor etwa einer Woche in Brüssel überreichte englische Note angeht, so bestätigt es sich, daß sie die schlimmsten Befürchtungen der neutralen Staaten wahrgemacht hat. Die britischen Forderungen laufen praktisch auf eine beinahe vollständige Abdrosselung des belgischen Außenhandels und damit eines großen Teiles der belgischen Wirtschaft hinaus. Sie bezweckten nichts anderes, als die vollständige Unterbindung des Transitverkehrs über Belgien nach Deutschland.

In ihren Antwortnoten bemühen sich Belgien und die übrigen Oslo-Staaten, ihren Standpunkt soweit wie möglich gegen das unerhörte britische Ansinnen zu verteidigen und ihr Recht auf wirtschaftliche Neutralität zu behaupten. Die belgische Regierung stellt die Forderung auf, daß nicht nur die eigene Versorgung Belgiens, sondern auch der Außenhandel Belgiens mit den Nachbarstaaten weitgehend aufrecht erhalten werden soll, daß ferner die belgische Industrie nicht geschädigt werden dürfe und daß die Freiheit der Meere aufrecht erhalten werden müsse. Außerdem wird die Freigabe der bereits von England beschlagnahmten belgischen Schiffe — es handelt sich u. a. um Sendungen von Zucker aus Belgisch-Kongo — gefordert. In politischen belgischen Kreisen gibt man sich allerdings, da man die Rücksichtslosigkeit und Brutalität der britischen Methoden kennt, keinen allzugroßen Hoffnungen auf Erfüllung dieser Forderungen hin.

Die Arbeitslosigkeit in Belgien ist vom 4. bis 9. September um nicht weniger als 38 000 auf 278 000 gestiegen. Die Regierung hat bekanntgegeben, daß ein Moratorium für die belgische Wirtschaft nicht in Frage komme.

Kurze Auslandsnachrichten

Die neue Regierung Daladiers

Ministerpräsident Daladier hat sich veranlaßt gesehen, sein Ministerium umzubilden bzw. zu ergänzen. Eine Anzahl von bisherigen Ministern hatte den Wunsch geäußert, sich unter den veränderten Verhältnissen speziellen Aufgaben in bestimmten Verwaltungen zu widmen. Der Versuch des Ministerpräsidenten, bei dieser Gelegenheit ein Konzentrationskabinett aller Parteien von rechts bis links unter Ausschaltung allein der Kommunisten zu bilden, mißlang. Die Sozialdemokratische Partei Léon Blums z. B. weigerte sich, das Handels- und Unterrichtsministerium zu übernehmen, verlangte vielmehr für die Regierungsbeteiligung stärkere Positionen. In dem neuen Kabinett hat Daladier selbst zu den Ministerien für Krieg und Landesverteidigung auch noch das Außenministerium übernommen.

Holländischer Völkerrechtslehrer zum Mordschützenunwesen

Der holländische Völkerrechtsprofessor Francois veröffentlicht in der niederländischen Zeitung „Telegraaf" eine Betrachtung darüber, wann irreguläre Truppen nach internationalem Recht als Mitkämpfer in kriegerische Auseinandersetzungen eingreifen könnten. Er kommt zu dem Schluß, daß erstens eine gemeinsame Befehlsgewalt, zweitens ein deutlich erkennbares Abzeichen vorhanden sein müsse, drittens müßten Waffen offen getragen werden, viertens müßten die allgemeinen Gebräuche und Gesetze des Krieges beachtet werden. Zivilisten, die beim Vorgehen gegen den Feind diesen Voraussetzungen nicht entsprächen, verletzten das Kriegsrecht und könnten als Franktireure erschossen werden. Das Verhalten der polnischen Heckenschützen, die im Zivilanzug ohne jedes Abzeichen hinterrücks einzeln oder in Horden auf deutsche Soldaten geschossen haben, widerspricht, wie auch diese Darstellung von neutraler Seite unterstreicht, dem Kriegsrecht auf das schärfste. Nur englischen Politikern ist es vorbehalten geblieben, diese unerhörten Verletzungen des Völkerrechts zu verteidigen.

Chamberlain und die Tschechen

Chamberlain wurde gestern im Unterhaus gefragt, ob die englische Regierung in ihre Kriegsziele auch die „Befreiung" der Tschechen aufgenommen habe. Chamberlain antwortete darauf mit dem Satze: „Wir sehen dem Siege der Prinzipien, um derentwillen wir zu den Waffen gegriffen haben, und der Befreiung des tschechischen Volkes entgegen." Es ist nicht anzunehmen, daß die tschechischen Emigranten in England an dieser orakelhaften Formulierung besonders große Freude gehabt haben.

General Weygand auf Reisen

Der französische General Weygand, der sich auf einer Reise in Syrien befand und mit Aufträgen militärischer Art nach Polen entsandt werden sollte, ist nunmehr unverrichteterdinge von Athen wieder nach Beirut zurückgekehrt. Für strategische Ratschläge an die polnische Heeresleitung wäre er auch sicherlich zu spät gekommen.

Iren erbitten von Roosevelt Hilfe gegen die britische Unterdrückung

Roosevelt erhielt kürzlich aus Belfast ein Telegramm des Northern Council of Unity, in dem England beschuldigt wird, nach wie vor sechs Grafschaften Irlands gewaltsam besetzt zu halten und über die eingeborene Bevölkerung Nordirlands eine für Europa beispiellose Tyrannei zu errichten. Das Telegramm spricht die Hoffnung aus, daß Roosevelt die Iren unterstütze zur Beendigung dieser Aggression.

Wo stehen unsere Truppen?

Lemberg, das von vorgeworfenen Abteilungen erreicht wurde, ist Hauptstadt der gleichnamigen Woiwodschaft und Mittelpunkt der polnischen Ukraine. Die Stadt zählt 316 000 Einwohner, die sich aus Deutschen, Polen, Ruthenen und Juden zusammensetzen, und war Garnisons- und Verwaltungssitz für das ehemals zu Oesterreich-Ungarn gehörende Galizien. Infolge seiner günstigen Lage hat es sich zu einem Handelsplatz ersten Ranges entwickelt.

Ein weiterer günstiger Umstand dafür ist die große Fruchtbarkeit der Woiwodschaft Lemberg, für die die Stadt der wichtigste Umschlagplatz für landwirtschaftliche Produkte, Getreide, Zuckerrüben und Hopfen ist. An Industrien weist Lemberg weiter die Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen und Metallwaren auf. Die handelspolitische Bedeutung bedingt auch einen starken Anschluß der Stadt an die Verkehrsnetze Polens. Lembergs Bahnhof ist ein wichtiger Bahnknotenpunkt, außerdem besitzt die Stadt einen Verkehrsflughafen. Das Stadtbild trägt modernen Charakter, doch sind noch zahlreiche Bauten aus der Zeit der Renaissance und des Rokoko erhalten geblieben. Mit einer Universität, einer technischen Hochschule und zahlreichen anderen höheren Schulen ist Lemberg auch der kulturelle Mittelpunkt Südpolens. Die Stadt ist eine Gründung des ruthenischen Königs Danilo. Unter Kasimir dem Großen fiel sie an Polen und bei der ersten Teilung Polens (1772) an Oesterreich. Für dieses wurde sie zu einer der wichtigsten Städte im Osthandel. Im Weltkrieg war sie Schauplatz von drei Schlachten. Ende August 1914 war die um Lemberg versammelte österreichisch-ungarische 3. Armee bei Przemysl auf Lemberg zurückgeworfen. Trotz des Eintreffens der 2. Armee wurde Lemberg von den Russen besetzt, die es zu ihrem Hauptquartier machten. Von damals stammte der berühmte Satz aus dem österreichisch-ungarischen Heeresbericht, der wie ein Donnerschlag wirkte und zum geflügelten Wort wurde: „Lemberg noch in unserem Besitz". In der zweiten Schlacht griffen die Oesterreicher anfangs erfolgreich an, wurden aber durch die russische Uebermacht in den Raum zwischen San und Weichsel zurückgedrängt. Erst in der dritten Schlacht, die von der 11. deutschen und 2. österreichisch-ungarischen Armee gemeinsam geschlagen wurde, wurde Lemberg am 22. Juni 1915 befreit.

Przemysl, die polnische Festung, die von unseren Truppen zu beiden Seiten umgangen wurde, ist aus dem Weltkrieg durch ihre heldenhafte Verteidigung und Wiedereroberung bekannt. Nach der Schlacht bei Lemberg wurde die Festung von zwei russischen Armeen eingeschlossen. Viereinhalb Monate hielt die tapfere Besatzung unter General Kusmanek aus, bis sie wegen Hungers kapitulierte. 44 000 Soldaten, 28 000 Kranke und Verwundete sowie 45 000 militärische Arbeiter gerieten in russische Gefangenschaft. Am 3. Juni 1915 wurde die Festung unter Mithilfe der 11. deutschen Armee erstürmt und wieder besetzt. Die Stadt zählt heute 50 000 Einwohner, davon 20 000 Juden, ist Sitz zweier Bischöfe, eines römisch-katholischen und eines griechisch-katholischen, hat drei Klöster, zwei Kathedralen, höhere Schulen, eine Eisenbahnwerkstätte, Holz-, Ton-, Leinen- und Lederindustrie.

Brest-Litowsk, dem unsere Truppen sich nähern, ist weniger bekannt durch die Tatsache, daß von den 60 000 Einwohnern über die Hälfte Juden sind, als durch die Tatsache, daß hier 1917 die deutsch-russischen Friedensverhandlungen stattfanden. Hier wurde am 15. Dezember 1917 der Waffenstillstand unterzeichnet, am 9. Februar 1918 der Friede zwischen dem Vierverbund und der Ukraine und am 3. März 1918 der Friede zwischen den Mittelmächten und Rußland geschlossen. Im Weltkrieg selbst war die Stadt fast vollständig zerstört worden.